Typisch links

ZEITUNG FÜR DENKENDE

Dessau-Roßlau
Februar 2021
31. Jahrgang

Zum Jahrestag der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht

In dieser Ausgabe:

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

Seite 2

Sofortige Maßnahmen im Lockdownt

Seite 3

Auch Deutschland muss endlich atomar abrüsten

Seite 4

Genosse Erwin Kieseler bleibt unvergessen

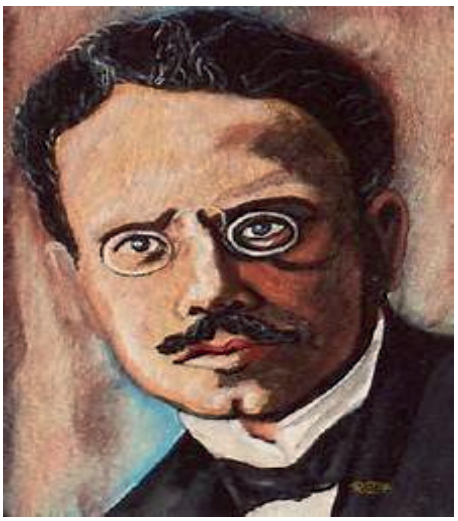
Seite 6

Termine und Glückwünsche

Seite 11

Literaturempfehlung

Seite 12



Anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erklären Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Am Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wollen wir an ihren mutigen Einsatz gegen Rechts und gegen jede Kriegstreiberei erinnern. Ihre politischen Überzeugungen sind damit heute aktueller denn je. Ihr unbedingter Pazifismus, ihr Wille, das gesellschaftliche Zusammenleben gerecht zu gestalten und nicht zuletzt ihr Mut, für ihre Vision einer besseren Gesellschaft einzustehen, sind bis heute ein Vorbild uns alle.

Beide haben sich für eine sozialistische Demokratie eingesetzt, wohl wissend, dass Demokratie nicht nur Wahlrecht sein kann, sondern die materiellen Voraussetzungen der Teilhabe aller voraussetzt. Rosa Luxemburg prägt mit Ihrer Analyse auch heute noch unsere Politik: Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Das Gedenken an sie beide ist auch ein Gedenken an eine mutige Vision.

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat von Dessau-Roßlau informiert

Thema des Monats Eindrucksvoller politischer Erfolg Magdeburg, Landtag von Sachsen-Anhalt 15.12.2020 Die Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt werden rückwirkend zum 01.01.2020 abgeschafft

Für unsere Fraktion eine Sternstunde der Demokratie. Was viele nicht für möglich hielten, die geballte Kraft des fairen und konstruktiven Protestes veranlasst die Regierungskoalition von CDU, SPD und Grünen einen Sinneswandel zu vollziehen. Wie war das möglich?

Etwa 20 Jahre arbeitete unsere Fraktion an dieser Problematik. Doch aus einem kommunalen Parlament heraus ist eine solche politische Entscheidung nicht zu erreichen. So bemühten wir uns um die Gründung einer landesweiten Allianz und mit der Volksinitiative „Faire Straße“ fanden wir den richtigen Partner. Parallel dazu gab es eine Initiative der Freien Wähler die mit uns gemeinsam über 38000 Unterschriften zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung (SABS) sammelten.

Unsere Fraktion bildete mit gleichgesinnten die Dessau-Roßlauer Allianz für fairen Straßenbau.

Großkühnau, Köthen, Magdeburg Stationen des Erfolges: In Kooperation mit den landesweit agierenden örtlichen Initiatoren organisierten zielgerichtet Proteste mit 300 bis 400 Teilnehmern vorrangig zu Veranstaltungen der Landes CDU. Durch faire und konstruktive Fragen begleiteten wir im Vorfeld dieser Veranstaltungen die Teilnehmer dieser Zusammenkünfte.

Schnell war klar die CDU-Kommunalpolitiker hatten die gleichen Probleme wie wir und so entstand eine entsprechende Diskussion auch in der CDU. Die Weichenstellung für einen Sinneswandel in der CDU wurde am 01.11.2019 erzielt.

Durch die Bereitschaft des Fraktionsvorsitzenden Siegfried Borgwardt die Volksinitiative im Landtag zu empfangen war ein weiterführender Dialog möglich. Auf der Grundlage der Gesetzesentwürfe der Linken (Februar 2019) und der CDU, SPD, Grüne (Sept. 2020) entstanden konkrete Vorstellungen, die dann am 15.12.2020 eine deutliche Mehrheit im Landtag fanden.

Die Quintessenz des Prozesses ist, es lohnt sich doch zu kämpfen im demokratischen Wettbewerb das Machbare für den Bürger zu erreichen. Was bleibt, ist jetzt eine konstruktive finanzielle Lösung für den entstandenen Investitionsstau im Bereich des kommunalen Straßenbaus zu gestalten. Wie wir wissen eine wirklich echte Herausforderung an die Landesregierung.

Unsere Fraktion und ich persönlich möchten an dieser Stelle allen Beteiligten für den fairen und ehrlichen Umgang miteinander danken.

Einige Personen gilt ein besonderer Dank:

- Cornelia Birkner (Gräfenhainichen),
- Christian Werner (Aken),
- Rüdiger Erben (Teuchern),
- Petra Dräger-Röder (Wörlitz),
- Siegried Borgwardt (Kemberg),
- Kerstin Eisenreich (Merseburg).

Ralf Schönemann

Dessau Großkühnau
11.10.2019 Foto privat

Sofortige Maßnahmen im Lockdown – kostenlose FFP2- und OP-Masken sowie unbürokratisches Grundeinkommen für Kleinunternehmer*innen

Angesichts des Treffens zwischen Bundeskanzlerin und Ministerpräsident*innen betont die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Eva von Angern:

»Die Durchsetzung der FFP2- bzw. OP-Maskenpflicht in bestimmten Bereichen ist eine sinnvolle Maßnahme zur Senkung des Infektionsgeschehens. Es verbietet sich allerdings, eine solche Forderung aufzustellen, ohne gleichzeitig für eine kostenlose Bereitstellung dieser Masken zu sorgen. Für Menschen in der Grundsicherung bzw. mit niedrigem Einkommen würde die verschärfte Maskenpflicht de facto Hausarrest bedeuten. Deswegen fordert die Fraktion DIE LINKE die kostenlose Bereitstellung von FFP2- und OP-Masken durch das Land und deren Ausgabe durch Kommunen.

Da es trotzdem bisher kaum ein absehbares Ende der Lockdown-Maßnahmen bzw. der flächendeckenden Schließung des gesamten Dienstleistungsbereiches gibt, benötigen wir jetzt endlich ein unbürokratisch auszahlbares, monatliches Grundeinkommen von 1.200 Euro für betroffene Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer*innen. Diese Grundsicherung muss nun endlich kurzfristig durch die Landesregierung finanziert und umgesetzt werden.

Die Bundesregierung muss alles dafür tun, um eine Produktionssteigerung des Impfstoffs umzusetzen. Nur so ist es möglich, den Menschen einen baldigen Ausweg aus der Pandemie aufzuzeigen.«

Eltern brauchen jetzt Unterstützung bei Home-Schooling und Home-Office

Pressemitteilung von Birke Bull-Bischoff, 20. Januar 2021

„Es ist richtig, dass die Präsenzpflicht weiterhin aufgehoben bleibt, auch wenn wir uns deutlich verbindlichere Beschlüsse gewünscht haben, wie mit Schulen in der Pandemie verfahren werden soll. Die Länder dürfen sich weiterhin von Woche zu Woche hangeln und ihre eigenen Wege gehen, obwohl Schulen, Eltern und fast alle Bildungsverbände nahezu einstimmig fordern, dass es eine Orientierung an einem inzidenzzahlenbasierten Stufenplan braucht, um Planungssicherheit zu gewinnen. Der Bund muss die jetzt gewonnene Zeit unbedingt dafür nutzen, diese Planungssicherheit wenigstens für den Rest des Schuljahres herzustellen“, kommentiert Birke Bull-Bischoff, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Ergebnisse des gestrigen Bund-Länder-Gesprächs zum Umgang mit der Pandemie an den Schulen. Bull-Bischoff weiter:

„Außerdem müssen Bund und Länder dafür sorgen, dass die digitale Ausstattung mit höchster Priorität vorangetrieben wird. Wir begrüßen, dass es einen höheren Druck auf Arbeitgeber gibt, Home-Office zu ermöglich. Dabei darf es allerdings nicht bleiben. Um Eltern zu unterstützen, die nun Home-Schooling und Home-Office vereinbaren müssen, fordern wir eine entsprechende Ausstattung des Home-Office durch die Arbeitgeber und eine vergütete Freistellung, so lang diese Ausstattung nicht erfolgt ist. Arbeitszeiten im Home-Office müssen für Eltern auf bis zu 50 Prozent bei voller Vergütung angepasst werden können. Weiterhin fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um für Eltern zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, bezahlten Urlaub zu nehmen.

Bereits im November forderte DIE LINKE außerdem in einem Antrag die bedarfsdeckende, niedrigschwellige und bürokratiearme Förderung bei der Anschaffung von FFP2-Masken, CO2-Messgeräten und geeigneten und sicheren mobilen Raumluftfiltersystemen, sowie

von Plexiglas-Schutzwänden und Schutzkleidung für Förder- und inklusive Schulen. Weiterhin soll es schnelle, kostenfreie Testverfahren für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte geben. Die Mittel des DigitalPakt Schule müssen aufgestockt und verstetigt werden, um Schulen insbesondere mit quelloffenen, mindestens aber interoperablen datenschutzgeprüften Lehr- und Lernplattformen, OER-Material und Kommunikationssystemen auszustatten. Dazu braucht es einen geräteunabhängigen Bildungstarif mit unbegrenztem Volumen und ohne Beschränkung auf bestimmte Inhalte, um Netzneutralität und Datenschutz zu gewährleisten und Überwachungen zu verhindern. Der Zugang zum Netz muss kurzfristig insbesondere für Schüler aus armen Haushalten sichergestellt sein. Ergänzend fordert die Fraktion einen interdisziplinären Beirat für die Kultusministerkonferenz (KMK) und weitere Forschung zum Infektionsgeschehen an der Schule."

Auch Deutschland muss endlich atomar abrüsten

Zum Atomwaffenverbotsvertrag, der am 22. Januar in Kraft tritt, erklärt Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag:

Die Welt macht einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt, wenn der Atomwaffenverbotsvertrag heute in Kraft tritt. Den jahrzehntelangen Bemühungen aus der Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass jetzt bereits 122 Staaten den Vertrag unterschrieben haben. Dass die Bundesrepublik Deutschland das Atomwaffenverbot nicht unterzeichnet hat, ist ein offenes Versagen der Bundesregierung.

Die Bundesrepublik Deutschland muss jetzt atomar abrüsten, denn die bittere Realität ist, dass Deutschland nicht atomwaffenfrei ist. In der Eifel lagern bis zu 20 Atombomben. Jede von ihnen hat die vielfache Sprengkraft der Bombe, die auf Hiroshima abgeworfen wurde. Und: Durch die sogenannte Nukleare Teilhabe wäre die Bundeswehr selbst im Ernstfall an einem Atomwaffeneinsatz der NATO beteiligt.

Das heißt: Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD setzt bisher unverändert auf das Prinzip der nuklearen Abschreckung, das eben auch die mögliche atomare Vernichtung der jeweiligen Gegner beinhaltet, anstatt sich glaubhaft für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, die Nukleare Teilhabe zu beenden und die entsprechenden Trägersysteme - wie die F-18 - eben nicht zu beschaffen. Hier ist insbesondere auch die SPD gefordert. Die Bundesregierung muss jetzt die nukleare Teilhabe beenden und den Weg freimachen für das Unterzeichnen des Atomwaffenverbotsvertrags.

Die Linke setzt sich weiter als friedenspolitische Kraft im Bundestag und an der Seite der Friedensbewegung für atomare Abrüstung ein und beteiligt sich an den vielfältigen Aktionen vor Ort zum Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages.

Filmempfehlung: OECONOMIA - Ein Film von Carmen Losmann

Wie entsteht Geld? In dem man einen Kredit aufnimmt. Warum tut man das? Damit mehr Geld entsteht. Muss das so sein? Offensichtlich: Denn mehr Geld bedeutet Wirtschaftswachstum – für die einen. Und für die anderen ist es zeitlebens ein Minussummenspiel. Damit das so bleibt, gibt es die Banken, die das Hin- und Herschieben von Finanzen als einfache Buchungsvorgänge betreiben. Für Carmen Losmann ist das Geschiebe der zentrale Moment ihres neuen Films. Mit der Kamera von Dirk Lütter, Deutschlands Spezialist für das Abfilmen wirtschaftlicher Prozesse, macht sich die Regisseurin auf, die Wege des Geldes transparent zu machen. Schnell stellt sich heraus, dass dies nicht ganz einfach ist. Denn das kapitalistische Wirtschaftssystem macht sich gern mal unsichtbar, hat keine bestimmbare Adresse oder antwortet ganz einfach nicht, wenn man es anruft.

Und dennoch bekommen die beiden manchen Banker oder anderen Geldspezialisten vor die Linse. Losmanns Gesprächspartner, etwa Thomas Mayer, ehemals Volkswirt der Deutschen Bank, oder der Vermögensverwalter Mathias Rusterholz, sitzen inmitten polierter Flächen in ihren Büros und versuchen, das Ökonomische zu erklären: „Die Bank braucht kein Geld, um Kredite zu vergeben. Sie produziert Geld dadurch, dass sie einen Kredit vergibt“ (Mayer). Bosomworth: „Wenn wir kein Wirtschaftswachstum haben, könnte es dazu führen, dass es zu viele Ausfälle gibt.“

Es gibt eine Menge Leute, die mit Geld ihr Geld verdienen und darüber wundersames Kauderwelsch absondern. Hoffentlich werden sie von ihren Kindern nicht gefragt, was sie den ganzen Tag auf der Arbeit getrieben haben – es kämen Sätze wie die vorangegangenen heraus. Wie kann das sein, dass aus Gequatsche Wohlstand wird? Das erklärt die Wirtschaftspublizistin Samirah Kenawi zwischendurch dann mal - während sie, passgenau, mit einigen Kollegen Monopoly spielt.

Jenseits allen Kapitalgeraunes versucht sich Losmann daran, den Kapitalismus der Gegenwart transparent zu machen. Erkennbar wird dabei ein System, dass der ganzen Welt eine krude Logik der fortwährenden Selbstreproduktion aufdrängt. Mit ihrem vielfach preisgekrönten Dokumentarfilm „Work Hard - Play Hard“ hat Losmann vor einiger Zeit schon dem modernen Personalmanagement ein Denkmal gesetzt. Das gelingt ihr jetzt mit den Grundlagen unseres Wirtschaftssystems. Eine gelungene Fortsetzung in jedem Fall – auch wenn das Publikum recht hoffnungslos zurückbleibt.

Genosse Erwin Kieseler bleibt uns unvergessen

Unerwartet erreichte uns am 21. Januar 2021 die Nachricht vom Ableben des Genossen Erwin Kieseler, Mitglied in der Basisorganisation Süd. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Erwin Kieseler wurde am 27. Oktober 1927 in Dessau geboren. Seine Schulzeit verbrachte er in Dessau-Törten.

Von 1942 bis 1944 erlernte Erwin Kieseler den Beruf eines Drehers im Junkers Flugzeugmotorenbau Dessau. Im Sommer 1944 wurde er mit 16 Jahren zur faschistischen Wehrmacht eingezogen.

Nach seiner Rückkehr aus kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde Erwin Kieseler im November 1945 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Am 23. März 1946 nahm der Genosse Kieseler als Delegierter des Vereinigungsprozesses der KPD und Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Festsaal der damaligen Zuckerraffinerie, später VEB Gärungschemie Dessau, teil.

Von 1947 bis 1958 übte Erwin Kieseler mehrere haupt- und ehrenamtliche Funktionen in der FDJ und der SED in Dessau aus. Aktiv betätigte sich Erwin Kieseler auch in der Sportbewegung der Stadt.

Beruflich arbeitete Erwin Kieseler 1946 als Schlosser und half bei der Demontage der Junkerswerke und später in den Betrieben Waggonbau und Modellbau Dessau.

Von 1948 bis 1963 war er Angehöriger der Deutschen Volkspolizei. In der weiteren beruflichen Tätigkeit, u. a. in der Firma Fromm KG Dessau, absolvierte Erwin Kieseler den Abschluss als Meister der Volkseigenen Industrie und das Ingenieur-Studium.

Die Familiengründung erfolgte am 30. Mai 19049 mit der Heirat der Kontoristin Ursula Nagel. Sie war die Nichte des Dessauer Widerstandskämpfers und Verfolgter des Naziregimes (VdN) Richard Nagel, Ehrenbürger der Stadt Dessau. In seiner Familie wurden zwei Kinder, drei Enkel und zwei Urenkel geboren. Ein interessantes und vielseitiges Familienleben gehörten zu den Zielen und zur Betätigung im Dasein von Erwin Kieseler.

In der gesellschaftlichen Tätigkeit organisierte und erlebte Genosse Kieseler zahlreiche Zusammenkünfte mit Jugendlichen in den Dessauer Schulen. Themen von Treffen der Generationen waren u. a. Erlebnisberichte aus dem verheerenden faschistischen 2. Weltkrieg, die Widerstandsbewegung gegen den Faschismus und die Rolle des Großkapitals in Deutschland und der Welt sowie der Wiederaufbau unserer stark zerstörten Heimatstadt.

Sehr enttäuscht war Erwin Kieseler über die Ereignisse der politischen Wende 1989/1990 über die Abwicklung und die Übernahme der DDR durch das kapitalistische Staatssystem der Bundesrepublik Deutschland. Ebenso kritisierte er das Scheitern der Entwicklung der DDR.

Im Wohngebiet Dessau-Törten zeigte Genosse Erwin Kieseler nach der Wende eine aktive ehrenamtliche Tätigkeit in der Basisorganisation Süd in der PDS und der späteren Partei DIE LINKE.

Die Betreuungsarbeit älterer Genossen und der Mitglieder der Volkssolidarität sowie die Gesprächsführung mit jungen Menschen bestimmten einen Großteil seiner Freizeit.

Für sein vielseitiges berufliches und gesellschaftliches Engagement in der Stadt Dessau und in unserer Basisorganisation Süd der Partei DIE LINKE. wurden dem Genossen Erwin Kieseler hohe Anerkennung und Dank ausgesprochen.

Die Lebensleistung von Erwin Kieseler bleibt uns unvergessen und wird uns immer Vorbild sein.

Erhardt Berner

Foto Privat: Mundartgruppe Dessauer Markt 3.11.2011

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich bin Johannes Hüthel, 22 Jahre alt und Auszubildender zum Verwaltungsfachangestellten bei der Stadt Dessau-Roßlau.

Im Stadtvorstand unterstütze ich Ralf bei der Vorbereitung der Präsentationen für unsere Gesamtmitgliederversammlungen. Weiterhin möchte ich mit meinem Wissen im Bereich Kommunalrecht die Arbeit unserer Fraktion im Stadtrat und des Stadtvorstandes unterstützen.

In unserer politischen Arbeit sollten wir viel auf aktuelle politische Themen auch aus den sozialen Medien eingehen, die auch die Jugend ansprechen. Nur so können wir auf Dauer auch neue Mitglieder für unsere Partei gewinnen.

Ich möchte daher gerne im Bereich der Sozialen Medien mitarbeiten, um unsere Partei dort präsenter zu machen.

Meiner Meinung nach hat die Partei eine starke Außenwirkung, die aber in den sozialen Medien noch nicht so sehr zum Vorschein kommt. Aus diesem Grund ist die Ausrichtung auf soziale Medien wichtig und richtig. Wir dürfen dabei jedoch nicht den Fehler machen, unsere Auftritte in den Sozialen Medien für extreme Tendenzen zu öffnen. Dies würde uns nicht nützen, sondern eher schaden.

Trotzdem sehe ich unsere Partei für bereit, im Umgang mit den sozialen Medien neue Wege zu gehen und so unsere Außenwirkung noch zu verstärken.

Bleibt gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Hüthel

Landesvorstand schlägt Jan Korte (MdB) als Spitzenkandidat für Sachsen-Anhalt zur Bundestagswahl vor.

Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Stefan Gebhardt, hat sich der Landesvorstand in seiner gestrigen Sitzung ohne Gegenstimmen dafür ausgesprochen, Jan Korte (MdB) als Spitzenkandidat der Vertreter:nnenversammlung zu empfehlen. Jan Korte selbst hat seine Bereitschaft dem Landesvorsitzenden gegenüber erklärt.

»Seit vielen Jahren zählt Jan Korte bundesweit zu den profiliertesten Politikern unserer Partei. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion hat er eine unverzichtbare, nach innen und außen positive Arbeit geleistet. Jan Korte ist zudem politisch tief in Sachsen-Anhalt verwurzelt, engagiert sich in seinem Wahlkreis und darüber hinaus.«, so Stefan Gebhardt zum Beschluss des Landesvorstands.

Die Vertreter:nnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum Bundestag wurde für den 20. März 2021 einberufen. Tagungsort ist das CCe Kulturhaus in Leuna.

Stefan Gebhardt, Landesvorstand

Zeitbezüge

01.02.1946

Der Norweger Trygve Halvdan Lie (1896 – 1968) wird zum ersten Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) ernannt.

04.02.1871

Geburtstag des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik Friedrich Ebert.

04.02.1946

Der erste Hochofen in der damaligen SBZ wird in der Max-Hütte Unterwellenborn angeblasen.

05.02.1971

Um 10.18 Uhr MEZ landen die amerikanischen Astronauten Alan Shepard und Edgar Mitchell mit dem Landeapparat „Antares“ auf dem Mond.

09.02.1896

Geburtstag des führenden Funktionärs der illegalen KPD John Schehr. Im November 1933 verhaftet und von der Gestapo ermordet.

09.02.1946

1. FDGB-Kongress für die SBZ (- 11.2.). Vorstandsvorsitzender Hans Jendrezky.

09.02.1946

Erscheinungstag der Nr.1 der „Einheit“, des gemeinsamen theoretischen Organs von KPD und SPD, u.a. mit dem Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ von Anton Ackermann.

11.-21.02.1896

Streik von etwa 20 000 Berliner Konfektionsarbeitern. Von besonderer Bedeutung war die erstmalige Massenbeteiligung von Arbeiterinnen an diesem Streik, wodurch die proletarische Frauenbewegung einen kräftigen Aufschwung erhielt.

11.02.1971

In Moskau, Washington und London wird von 40 Staaten der Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen u.a. Massenvernichtungswaffen auf dem Boden der Meere und Ozeane und in deren Untergrund unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehört die DDR, jedoch nicht die BRD.

17.02.1946

Wiedereröffnung der großen Schalterhalle der Dessauer Hauptpost.

18.02.1546

Todestag des Begründers des deutschen Protestantismus Martin Luther

19.02.1946

Die erste Ausgabe der Wochenschau „Der Augenzeuge“ kommt in die Kinos der SBZ.

20.02.1921

Landtagswahlen in Preußen. Die SPD erzielt 26,6% der Stimmen und wird mit 107 Abgeordneten stärkste Partei. (VKPD 30, USPD 27 Abgeordnete). Im Wahlkreis Merseburg wird die VKPD stärkste Partei.

22.02.1921

In Wien beginnt der Gründungskongress der Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (bis 27.2.). (II ½. Internationale).

26.02.1871

Abschluss des Vorfriedensvertrages von Versailles zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Frankreich muss Elsass-Lothringen an Deutschland abtreten und innerhalb von drei Jahren fünf Milliarden Goldfrancs Kontribution zahlen.

26.02.1921

ADGB überreicht der Reichsregierung 10 Forderungen zur Verminderung der Arbeitslosennot. Die VKPD unterstützt diese Forderungen und verlangt einheitliche Aktionen zu ihrer Durchsetzung.

26.02.1946

Zweite Vorbereitungskonferenz zur Vereinigung von KPD und SPD (Zweite „Sechziger Konferenz“). Sie billigt die Entwürfe für die „Grundsätze und Ziele der SED“ sowie für das Parteistatut.

27.02.1846

Geburtstag des marxistischen Historikers Franz Mehring.

Anmerkungen zu den Zeitbezügen

04.02.1871

Friedrich Ebert in Heidelberg geboren

Der Sohn eines Schneidermeisters trat 1889 der SPD und dem Sattlerverband bei. Von 1912bis 1918 Mitglied des Reichstages, wurde er nach dem Tode August Bebels 1913 gemeinsam mit Hugo Haase Vorsitzender der SPD. Er gehörte zu den Verantwortlichen für die SPD-Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4.8.1914. Am 9.11.1918 übernahm er von Max von Baden das Reichskanzleramt und schloss als führendes Mitglied des Rates der Volksbeauftragten am 10.11.1918 mit General Groener einen Pakt gegen die Revolution. Am 11.2.1919 wurde er von der Weimarer Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt. Friedrich Ebert starb am 28.2.1925 völlig unerwartet an den Folgen einer Blinddarmentzündung, 54-jährig.

19.02.1946

Der DEFA-„Augenzeuge“ kommt in die Kinos

Die erste Ausgabe der ostdeutschen Wochenschau flimmert ab 19.2.1946 in den Kinos der SBZ. Der „Augenzeuge“ wird von der Filmgesellschaft DEFA produziert. Er erschien mit einer Länge von 15 Minuten bis zum 19.12.1980. Anfangs zweiwöchentlich erschien er ab August 1946 wöchentlich. Mit der Ausgabe 13/1946 wurde das Motto „Sie sehen selbst, Sie hören selbst, urteilen Sie selbst!“ eingeführt. Ab Herbst 1949 übte die SED-Führung einen stärkeren Einfluss aus. Der „Augenzeuge“ verlor seine ausgeglichene Thematik und wurde bis 1953 schließlich zum Instrument staatlicher Propaganda. Ab 1957 erschien der „Augenzeuge“ zweimal wöchentlich.

27.02.1846

Franz Mehring in Schlawe (Pommern) geboren

Als Sohn eines ehemaligen Offiziers und Steuerbeamten und aufgewachsen in dem engen geistigen Bannkreise hinterpommerscher Kleinstädte, wie er 1906 schrieb, studierte er in Leipzig und Berlin und promovierte 1882 zum Dr. phil.. Seit 1869 als Journalist tätig entwickelte er sich in den 80er Jahren vom bürgerlichen Demokraten zum Marxisten. Seit 1891 Mitglied der SPD und Leitartikler der „Neuen Zeit“, veröffentlichte er viele wegweisende Artikel zu historischen und politischen Fragen, darunter 1892 die „Lessing-Legende“, die Engels als bei weitem beste Darstellung der Genesis des preußischen Staates bewertete. 1897/98 erschien seine vierbändige „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Gemeinsam mit Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski entwickelte er die „Leipziger Volkszeitung“ – von 1902 bis 1907 ihr Chefredakteur – zum entscheidenden Organ im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Als einer der Führer der deutschen Linken stand M. vom August 1914 an in der ersten Reihe der Kämpfer gegen den Krieg und den Verrat der Opportunisten und wurde einer der Mitbegründer der Spartakusgruppe. 1915 gab er mit Rosa Luxemburg die Zeitschrift „Internationale“ heraus. Im Jahre 1918 veröffentlichte M. sein letztes Werk eine Biographie von Karl Marx. Im Dezember 1918 beteiligte er sich noch an den Vorbereitungen zur Gründung der KPD. Franz Mehring starb am 29.1.1919 in Berlin.

A.K.

Mitgliedervollversammlung Dezember 2020

Termine Februar 2021

Bedingt durch die CORONA - Pandemie gibt es keinen Arbeitsplan.

Bitte bei Bedarf in der Regionalgeschäftsstelle erkundigen

Sozialberatung:

Liebe GenossInnen, wir wollen euch an dieser Stelle noch einmal an unser Beratungsangebot erinnern. Seit August 2020 bietet die Genossin Ulricke Brösner wieder eine Sozialberatung in der Karlstraße 4 an. Koordiniert wird die Beratung von unserer Regionalmitarbeiterin Stine Rummel-Strebelow. Diese ist täglich von 9 Uhr bis 16 Uhr unter der Nummer 0157758950 zu erreichen.

Unsere Bitte ist, dieses Angebot einfach in eurem Bekannten- und Verwandtenkreis zu tragen, damit wenn nötig, geholfen werden kann!

Mit solidarischen Grüßen,

Ulrike Brösner, Stine Rummel-Strebelow

Herzlichen Glückwunsch
Februar

Annemarie Grunert
zum 95. Geburtstag
Harald Krüger
zum 75. Geburtstag

Allen Genossinnen und Genossen, die im Februar ihren Geburtstag begehen, herzlichen Glückwunsch!

Hinweis: Zur Veröffentlichung bestimmte Jubiläen und runde Geburtstage sind bis auf Weiteres durch die Basisorganisationen an die Redaktion weiterzuleiten.

DIE LINKE
Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Stadtverband Dessau-Roßlau
Karlstraße 4
Telefon (01 577) 58 95 059
e-mail: info@dielinke-dessau-rosslau.de
Internet: www.dielinke-dessau-rosslau.de
Ansprechpartnerin für die Region Anhalt/
Ansprechpartnerin Vorstand
Stine Rummel-Strebelow
Sprechzeiten
Dienstags 9.00 bis 14.00 Uhr
Freitags: 9.00 bis 12.00
nach Vereinbarung
(01 577) 58 95 059
anhalt@dielinke-lsa.de
Spendenkonto
IBAN : DE83800535720039005640
BIC : NOLADE21DES
Stadtsparkasse Dessau
Fraktion der Partei DIELINKE im
Stadtrat Dessau-Rosslau
Alte Mildenseer Straße 17
Tel/Fax: 0340 - 2203260
e-mail: fraktiondl@datel-dessau.de
Herausgeber: Stadtverband DIE LINKE Dessau-Roßlau
Redaktion: Th. Bergfeld, K.-D. Hildebrandt
ViSdP: F. Hoffmann
Post an die Redaktion:
typisch@dielinke-dessau-rosslau.de
Für den Inhalt, die Rechtschreibung und die Grammatik der Artikel sind die Autoren verantwortlich.
Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht.
Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Preis: Spende

Buchempfehlung

Der Mauerfall vor 30 Jahren bedeutete eine gewaltvolle Zäsur für migrantisches und jüdisches Leben in Ost und West. Während die einen vereinigt wurden, wurden die anderen ausgeschlossen. Das vorliegende Buch möchte ausgegrenzte Perspektiven auf die deutsch-deutsche Vereinigung wieder sichtbar machen und an die Kämpfe um Teilhabe in den 1980er Jahren, einschneidende Erlebnisse um die Wende und die Selbstbehauptung gegen den Rassismus der 1990er Jahre erinnern. So beinhaltet der Band Geschichten von Bürgerrechts- und Asylkämpfen ehemaliger Gastarbeiter* in nen, von Geflüchteten in BRD und DDR, Beiträge über den Eigensinn von Vertragsarbeiter* in nen, von damaligen internationalen Studierenden, über jüdisches Leben in Ost und West sowie über die Kämpfe von Sinti und Roma im geteilten Deutschland.

Mit Beiträgen von Sharon Adler, Emmanuel Adu Agyeman, Pablo Dominguez Andersen, Felix Axster, Mathias Berek, Gabriel Berger, Róza Berger-Fiedler, Hamze Bytyçi, Leah Carola Czollek, Max Czollek, Nuray Demir, Dostluk Sineması, Gülriz Egilmez, Naika Foroutan, Mirna Funk, Elisa Gutsche, Kathleen Heft, Initiative 12. August, Anetta Kahane, Dmitrij Kapitelman, Kadriye Karcı, Andrea Caroline Keppler, Evrim Efsun Kızılay, Jana König, David Kowalski, Janko Lauenberger, Lydia Lierke, Jessica Massochua, Paulino Miguel, Dan Thy Nguyen, Hannah Peaceman, Massimo Perinelli, Patrice G. Poutrus, Sabuha, Elisabeth Steffen, Ceren Türkmen, Nea Weissberg, Alexandra Weltz-Rombach und Cynthia Zimmermann.

Illustrationen: Nino Paula Bulling und Burcu Türker

Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons-Lizenz veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 International. Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autor*innen und der Buchtitel inklusive Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons-Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Das gedruckte Buch ist im Verbrecher Verlag erhältlich und beinhaltet auch Texte, die nicht under der CC-Lizenz stehen:

Verbrecher Verlag Berlin 2020
ISBN 978-3-95732-451-1